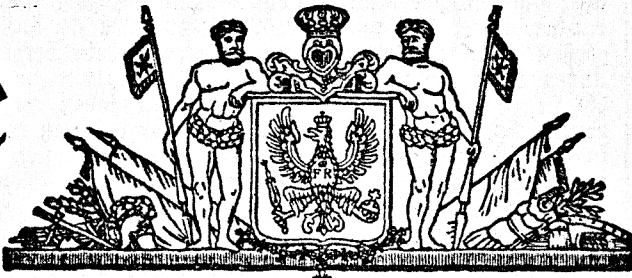


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): i. V.: Dr. Edwards, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 600.

Die Münchener Krise.

Der nächtliche Ministerrat. — Eine neue Koalition?

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

München, 10. September.

Das Ergebnis des nächtlichen Ministerrats wird bis heute nachmittag geheimgehalten. Am Vormittag werden sich die Fraktionen damit befassen. Um 1 Uhr mittags treten die Koalitionsparteien zusammen und um 3 Uhr der ständige Landtagsausschuß. Es ist nicht einmal bekannt, ob ein formeller Beschluß des Ministerrats vorliegt. Einmütig dürfte die Haltung der Kabinettsmitglieder keineswegs gewesen sein. Ja, es wird sogar ange deutet, daß sich, rein zahlenmäßig betrachtet, erhebliche Widerstände gegen die Annahme der in Berlin ausgearbeiteten Vorschläge geltend gemacht hätten. Aber die Stimmen, die, gleichgültig in welcher Form für und wider laut geworden sind, dürfen nicht gezählt, sondern sie müssen gewogen werden, wenn man einen Begriff davon haben will, wie sich die Stellung der Koalitionsparteien im Vergleich zu der des Ministeriums verhalten wird.

Dafür dient als Anhaltspunkt eine kurze Bemerkung des „Bayrischen Kuriers“, des Organs der Volkspartei, worin es heißt: „Sobald scheint auf jeden Fall sicher zu sein, daß die Aussprache in Berlin **ausführliche Möglichkeiten eines Auswegs** aus der schwierigen Lage geschaffen hat.“ Die Stellung der Partei scheint aus diesen Worten deutlich genug hervorzugehen. Dagegen bezeichnet die rechtsradikale „München-Augsburger Abendzeitung“ als vollständig abgeschlossen, daß der Ministerrat auf ein solches Kompromiß eingeht.“

Das Verhältnis zwischen der Bayerischen Volkspartei und den von der „München-Augsburger Abendzeitung“ vertretenen Rechtsradikalen wird auch durch eine Polemik illustriert, in der ein führendes Zentrumsblatt, die „Augsb. Postztg.“, auf die gestrigen Ausführungen der „München-Augsburger Abendzeitung“ („Es ist Zeit zum Handeln“) antwortet. Die „Augsb. Postztg.“ schreibt: „Wir fragen: Was soll das heißen: Sollen die versöhnlichen Geistes von beiden Seiten betriebenen Verhandlungen vielleicht durch **Gewaltakte** gestört werden? Glauben die Hintermänner der „Abendzeitung“, an die Stelle von Worten die Tat setzen zu sollen? Man kann die Aufforderung der „Abendzeitung“ kaum anders verstehen. Sie zeigt, daß es diesen Leuten nicht um bayerische Belange zu tun ist, zu deren Vertretung doch wahrlich in erster Linie die bayerische Regierung und der bayerische Landtag da ist, als deren Abgesandte die nun von Berlin zurückkehrende Kommission gehandelt hat, sondern um ganz andere Dinge. Die Öffentlichkeit hat jedenfalls ein Interesse daran, zu erfahren, was geplant wird. Um einiger Reaktionen willen läßt sich Bayern nicht in einen Umsturz hineinreißen.“

Nicht nur für die zwischenparteilichen Auseinandersetzungen ist diese Stimme bemerkenswert, sondern auch dafür, daß man die **Putzabsichten gewisser rechtsstehender Kreise unter Umständen recht ernst nimmt.**

Um so bedenklicher ist es in dieser Lage, daß an verschiedenen nicht unwichtigen Stellen Gerüchten Glauben geschenkt wird, wonach von der linken Seite Gewaltakte zu befürchten wären. Derart wilde Gerüchte, wie sie in der vergangenen Nacht aus Nürnberg hierhergekommen sind, widersprechen der ganzen Haltung der sozialdemokratischen Führer und scheinen von den unbekanntem Urhebern eigens zu dem Zweck erfunden zu sein, um womöglich auch Regierungs-kreise irrezuführen und im kritischen Augenblick unabschließbares Unheil zu stiften. Es ist nicht gut denkbar, daß eine Partei in dem Augenblick, wo sie beinahe offiziell ihren Eintritt in die Regierung anbietet, die Staatsordnung zu zerschüttern trachtet.

Hier sei noch erwähnt, daß dieses gestrige Angebot in der sozialdemokratischen „Münchener Post“ heute von volksparteilicher Seite im „Bayrischen Kurier“ mit folgenden Sätzen erwidert wird: „Jede Volkspartei, sofern ihr Name ihrer wahren Zusammensetzung entspricht, muß notwendigerweise eine Partei der Mitte sein, d. h. des vernünftigen Ausgleichs und der Ablehnung jedes Radikalismus. Von dieser Linie ist die Bayerische Volkspartei niemals abgewichen.“ Weiter wird gesagt: „Des anderen muß aber immer wieder festgestellt werden, daß die Sozialdemokraten aus eigenem Willen sich in die Opposition begeben hat, und daß es ausschließlich ihre Schuld ist, daß die von ihr vertretene Arbeiterschaft keinen unmittelbaren Anteil an der Gestaltung der Politik in Bayern hat.“

Man kann es nicht für wahrscheinlich halten, daß die Frage des Ausgleichs mit Berlin zu Veränderungen in der Regierung und in der Regierungsmehrheit führen wird. **Geschähe dies aber wider Erwarten, so ist anzunehmen, daß der Eintritt der Sozialdemokraten in eine Koalition jedenfalls zur Disfussion gestellt würde.**

*

Die Deutsche Volkspartei in Franken hat an den bayerischen Ministerpräsidenten folgendes Telegramm gesandt:

Gegenüber den offenen und versteckten Drohungen linksradikaler Kreise, daß Franken sich von Altbayern losrennen würde, falls die Münchener Regierung nicht auch auf den letzten Rest staatlicher Hoheitsrechte verzichtete und völlig zur Berliner Regierungsfiktion werde, gibt der heute versammelte Hauptausschuß der Deutschen Volkspartei (Nationalliberale Partei) des Reichstagswahlkreises Franken Ew. Excellenz die Versicherung, daß unsere Freunde mit der übrigen Bevölkerung Frankens bis weit in die sozialdemokratischen Kreise hinein im Ernstfalle geschlossen dafür sorgen würden, diesen separatistischen Spuk für immer zu bannen.

Konflikt innerhalb der Regierung?

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

München, 10. September.

Wie alle Morgenblätter betont schließlich heute mittag auch die „Münchener Zeitung“, daß der **Ministerpräsident von Rahr persönlich** sich bei der heutigen Beratung für die **„Wahrung der Rechte Bayerns“** einsetzen werde. Gemeint sei damit die Unantastbarkeit der Polizeigewalt und Justizgewalt. Das Blatt betont weiter das seit gestern nacht schon umlaufende Gerücht, daß die Regierung **schwerlich das Berliner Kompromiß den Parteien zur Annahme empfehlen** werde. Das Blatt fügt hinzu: „Die Regierungsparteien mit ihrer starken Mehrheit im Landtage haben sich nun zu entscheiden, wobei es klar ist, daß diese Entscheidung auch das Bestehen der Regierung und der Koalition bestimmen wird, auch wenn versucht werden sollte, durch neue Verhandlungen um das letzte Wort herumzukommen.“

Die Möglichkeit einer **Regierungskrise** wird also für den Fall angekündigt, daß entweder die Mehrheit des Kabinetts oder doch besonders wichtige Mitglieder in einen **Gegensatz zur Regierungskoalition** geraten, in der, wie schon mehrfach erwähnt, die bayerische Volkspartei eine führende Rolle inne hat. Die Andeutungen des zitierten Blattes lassen auch die Möglichkeit offen, daß **zwischen dem Ministerpräsidenten Rahr selbst und der bayerischen Volkspartei eine Meinungsverschiedenheit zutage treten könnte**, die ebenfalls unter Umständen zur Krise führen kann.

Zu erwähnen ist noch, daß die sozialdemokratische „Münchener Post“ heute mittag mit besonderem Nachdruck vor dem Treiben jener rechtsstehenden Kreise warnt, deren Ziel es sei, **durch einen Militärputsch die Diktatur in Bayern aufzurichten**. Das Blatt sagt, es halte es für seine Pflicht, auf das, was in der Luft liegt, aufmerksam zu machen, und es fordert die Arbeiter zu höchster Bereitschaft und zu eiserner Disziplin und Ruhe auf. Es wiederholt auch seine vor einigen Tagen gemachte Mitteilung, wonach die bayerische Einwohnerwehr keineswegs verschwunden ist, sondern in eine Neuorganisation unter dem Namen „**Notbann**“ umgewandelt und vom Ministerpräsidenten Rahr in seiner Entschließung vom 11. 7. 21 genehmigt worden sei. Diese wiederholte Mitteilung ist die Antwort der „Münchener Post“ auf eine Auslassung des „Bayrischen Kuriers“, in der das Vorhandensein des „Notbann“ geleugnet worden war.

*

Die **„Freiheit“** läßt sich heute aus München telegraphieren, dort habe ein großer Transport Reichswehr lebhaftes Beunruhigung hervorgerufen, der Freitag vormittag mit Waffen, Munition und voller Ausrüstung aus Norddeutschland in München eingetroffen sei. Man bringe die Ankunft der Truppen mit der deutschnationalen „Aufforderung zum Handeln“ in Zusammenhang.

Das Kabinett Witos zurückgetreten.

Wie uns aus Warschau gedrahlet wird, ist das Kabinett Witos zurückgetreten, was nach den gemeinsamen Beschlüssen der Parteien nicht mehr zweifelhaft sein konnte.

Volksgemeinschaft und Staatsgedanke

Von

R. von Oheimb,
Mitglied des Reichstages.

Frau v. Oheimb ist innerhalb der Deutschen Volkspartei von jeher für eine Politik der Mäßigung eingetreten. Sie hat auch für die Annahme des Ultimatums gestimmt. Wir geben den nachfolgenden Ausführungen um so lieber Raum, als sie gerade in der augenblicklichen Situation geeignet scheinen, der Verführung zu dienen.

Aus dem Programm der Deutschen Volkspartei bildet sich der Gedanke der Volksgemeinschaft immer stärker als das Leitmotiv heraus. Volksgemeinschaft setzt voraus, daß eine einheitliche Auffassung vom Staat geschaffen und in möglichst weiten Kreisen anerkannt wird. Grundlage dafür bietet ganz naturgemäß die Verfassung. Und alle Parteien, die sich auf deren Boden stellen, müssen den Weg zu dieser Volksgemeinschaft finden können. Die jüngsten Kundgebungen unserer Abgeordneten von Campe und Rahl, sowie des Parteiführers Dr. Stresemann weisen diese Richtlinie auch der Deutschen Volkspartei, die ihren prägnantesten Ausdruck in der Äußerung Dr. Stresemanns gefunden hat: „Über dem Gedanken der Monarchie steht uns der Gedanke an den Staat und die Volksgemeinschaft.“ Diese beiden Gesichtspunkte müssen für uns die leitenden werden. Sie geben der Politik und dem Programm der Deutschen Volkspartei auch diejenige positive und ideale Grundlage, ohne die eine große Partei auf die Dauer keine Anziehungskraft auszuüben vermag. Überaltete Ideale müssen bei Seite gestellt werden oder sind, wie Stegerwald sagt, für den Sonntagsgebrauch bestimmt. Wenn wir uns auf den Boden der Verfassung stellen, so müssen wir auch für diese Verfassung eintreten und dieselbe gegen Umstürzler ehrlich verteidigen. Falsch wäre es, dabei zu betonen, daß wir eine andere Staatsform als die in der Verfassung festgelegte als Ziel anstreben. Gänzlich unabhängig ist von dieser politischen Arbeit die Anschauung, ob diese oder jene Staatsform, auch die monarchische, besser sei. Der ehrliche Wille, diese Verfassung zu vertreten und gegen innere und äußere Feinde zu verteidigen, verbunden mit dem Ziel, eine Monarchie wieder aufzurichten, bringt Unklarheit und Verschwantheit über die wirkliche Stellungnahme der Partei hervor, was nicht nur bei den Parteianghörigen Zweifel hervorrufen muß, sondern auch bei anderen Parteien, mit denen wir die Volksgemeinschaft anstreben. Gewiß ist für viele, denen die Treue noch kein leerer Wahn ist, das Losagen von allen heilig- und hochgehaltenen Idealen eine schwere Gewissensfrage; aber diese müssen sich sagen, daß die oberste Pflicht für jeden Deutschen die Erhaltung des Vaterlandes ist, daß der Staat als solcher bestehen muß und die Form, unter der er lebt und sich weiter entwickelt, dahinter zurückzutreten hat.

Unsere jetzige Verfassung hat bei den Verhandlungen in Weimar nicht die Zustimmung der Deutschen Volkspartei gefunden. Sie leidet unter dem Zwang der damaligen Verhältnisse an innerer Unfertigkeit und ist zweifellos einer weiteren organischen Entwicklung fähig und sehr bedürftig. Ich persönlich erachte es nicht als Ziel der Partei, die Entwürfung zur Monarchie durch verfassungsmäßige Mittel als erstrebenswert hinzustellen, denn die Beispiele aus der Geschichte lehren uns, daß nach solchen gewalttätigen Umwälzungen eine Wiederherstellung des alten Zustandes nur durch Waffengewalt ermöglicht werden kann. Eine solche Handlung aber würde uns vielleicht vorübergehend eine andere Staatsform bringen, uns aber sicherlich der Herrschaft der Entente ausliefern und besonders in Frankreich diejenigen Strömungen stärken und rechtfertigen, die Repräsentanten des Vernichtungswillens sind. Nicht zu vergessen ist hierbei, ob nicht überhaupt die Formen der Monarchie, wie wir sie in Deutschland, Rußland und Oesterreich erleben, durch die Geschichte sich als überholt erwiesen haben; denn die noch vorhandenen konstitutionellen Monarchien sind in Wirklichkeit doch nur Demokratien, und in England rechnete das Königtum während des Krieges bereits auch mit seiner Absetzung.

Die Monarchie war der großen Aufgabe, Deutschland vor dem Weltkrieg zu bewahren, oder es durch die Anfeindung glücklich hindurchzuführen, nicht gewachsen gewesen. Es ist ihr nicht gelungen, im deutschen Volk ein so starkes allgemeines Interesse am Vaterlande zu erzeugen, daß trotz der Entbehrungen und Lasten des Krieges die in den Augusttagen 1914 aufflammende Begeisterung zum Verteidigungskampf bis zum Ende durchhielt. Die Folge davon war, daß sie durch die republikanische Staatsform abgelöst wurde.

Das Bekenntnis der Deutschen Volkspartei zur monarchischen Staatsform als Ideal hat sie fälschlich zu einer Rechtspartei gestempelt. Dies Prinzip zu betonen, fiel aber der Deutschnationalen Volkspartei zu, die in offenen Opposition gegen die Verfassung dafür eingetreten ist. Die Aufgabe der Deutschen Volkspartei liegt aber darin, eine Mittelpartei der Sammlung zur Errichtung einer kräftigen Regierung zu bilden, um die schweren Aufgaben, die uns bevorstehen, erfolgreich mitlösen zu können.

Man wirft uns Deutschen Mangel an nationalem Empfinden und an politischer Begabung vor und stellt uns die Eng-